

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal, Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Müslereis Unterhaltungsblatt“. — Besondere Preisliste für Abnehmer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Nachholung des Besagtes.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Zeile 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegabe unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laufen, zusätzl. Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen Tage zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 120

Dienstag, den 11. Oktober 1932

34. Jahrg.

## Kommunale Finanzprobleme

Die Wohlfahrtsverbandswesen. — Kreditfragen.

Durch die Nichterfüllung der am 1. Oktober fällig gewordenen Schenkungen der Städte Köln und Frankfurt in Höhe von 40 bzw. 30 Millionen Mark ist die finanzielle Lage der Gemeinden in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Handelt es sich hierbei auch zunächst um Fälle, die zum Teil in der besonderen Entwicklung der beiden Gemeinwesen in der Nachkriegszeit begründet liegen, so können sie nicht darüber hinwegzuführen, daß Schwierigkeiten offensichtlich werden, die allgemeinen Natur sind und deshalb auch von allgemeinen Gesichtspunkten aus beurteilt zu werden verdienen. Die Regierungen der Krise und die Eigenart der Organisation der heutigen Finanzwirtschaft haben es mit sich gebracht, daß die Städte in jedem neuen Abschnitt der Wirtschaftslage zulässige Opfer zu bringen gezwungen waren, die ihre finanzielle Leistungsfähigkeit in einem Ausmaß in Mitleidenschaft ziehen, wie es auch bei vorzüglicher Einbringung der Krisenwirkungen kaum übersehen werden konnte. Bei der Unfähigkeit der Gemeinden, ihren finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, spricht heute in der Regel kein Sonderproblem mehr mit. Sie ist ein für alle Kommunen mehr oder weniger eigenartlicher Zustand, der in ihren wachsenden Sozialleistungen weitgehend begründet liegt. Auch im Ausland treffen, um dies nebenbei zu bemerken, die Krisenwirkungen mehr und mehr jene Gestaltungsformen, die von der zentralen Finanzverwaltung zu weit entfernt sind, um im Wettlauf um die sinkenden Einnahmen Schritt zu halten, auf der anderen Seite aber wegen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur keine Möglichkeit haben, den wachsenden sozialpolitischen Aufgaben auszuweichen. In Deutschland sind die Wohlfahrtsstellen, die auf den Gemeinden ruhen, dauernd gestiegen. So ist nach den letzten amtlichen Mitteilungen die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krankenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden betreuten Arbeitslosen aber erneut gestiegen. Letztere war am 31. August gegenüber dem entsprechenden Zeitpunkt des Jahres um nicht weniger als 101,2 Prozent höher. Die Gesamtzahl der Wohlfahrtsverbandsstellen erreicht heute rund 2,5 Millionen eine Ziffer, die um etwa 20 Prozent über die von der Regierung als Sachverständigenrat geführte Zahl hinausgeht.

Es sind Finanzfragen nicht dazu gekommen.

Es ist möglich, die Frage aufzuwerfen, ob die ständige Erweiterung des wirtschaftlichen Aufgabenspektrums der Kommunen, die im übrigen bereits teilweise vor dem Krieg eingeleitet hatte, zweckdienlich war und was für eine allmähliche Rückbildung in dieser Richtung geschehen sollte. Die Gesamtzahl der Wohlfahrtsverbandsstellen muß im allgemeinen einer ruhigeren Zeit, in der die Ausdehnung von Substanzen möglich ist, vorbehalten bleiben. Soweit schon jetzt eine Veräußerung gegeben ist, dürfte sie durchgeführt werden, wobei zunächst nur die public utilities in Frage kommen. Jedenfalls trifft zu, daß das dauernde Wachstum dieser Aufgaben zwangsläufig zu einem Auseinanderklaffen zwischen dem finanziellen Optimum und den laufenden Finanzverhältnissen führte. Große Vermögensbestandteile sind fast überall vorhanden dagegen fehlen die liquiden Reserven und diese gilt es in erster Linie wieder aufzufüllen, um den kommunalen Kredit auf eine gesunde Ebene zu bringen. Es ist bedauerlich, daß die Vorforderungen der Staatsaufgaben es den verantwortlichen Organen der Finanzverwaltung nicht jetzt nicht gestattet, sich der Frage der Gemeindefinanzen so zu widmen, wie es schon im Sommer dieses Jahres wissenschaftlich gemeint wäre. So sehr der Standpunkt begründet ist, die Kommunen so lange wie möglich auf die Selbsthilfe zu verweisen, so wenig kann er den herrschenden Verhältnissen Rechnung tragen, in denen von Tag zu Tag die Gefahr größer wird, daß die völlige Zerrüttung des kommunalen Kredits der dringend notwendigen Befreiung des gesamten Kapitalmarktes hinsichtlich im Wege fest. Man braucht nicht an das Mittel einer unbegrenzten Staatsintervention an die Gemeinden zu denken, wenn eine Erleichterung der kommunalen Finanzen angeht, und es muß zugegeben werden, daß im Augenblick die Wünsche der Gemeinden auch keineswegs so weit zu gehen scheinen.

Neben den unmittelbaren Aufgaben der kommunalen Entlastung, die deshalb vordringlich ist, weil sie fast ganz eng mit dem Ziel der Finanzierung der Städte verbunden, treten hinsichtlich der Bewältigung struktureller Erfordernisse hervor. Es ist darauf hingewiesen worden, daß mit der Verabschiedung des Entwurfs einer Rechnungsordnung für die deutschen Gemeinden der Schwerpunkt unter den administrativen Teil der Reformarbeit gelegt worden ist. Leider sind die Ausnahmen über die Frage, ob die Gemeinden die Verwaltungserparnisse in personeller und sachlicher Hinsicht lösen weit genug vorgetragen haben, nicht ganz eindeutig. In vielen Stellen dürfte eine Fortführung der Bewirtschaftung angestrebt zu sein, und man muß wünschen, daß diese Aufgabe unter dem Druck der unmittelbaren Hilfsbedürftigkeit schnellstens durchgeführt wird. Werden die Kostenübertragungen, wie sie in der Privatwirtschaft doch auf zahlreichen Gebieten zu einer weitgehenden Annulla der Unkostenelemente an

die mengen- und wertmäßige Umkehrumkehrung geführt haben, auch in der öffentlichen Verwaltung, denen bekanntlich die Erfahrungen eigener Produktionsbetriebe zur Verfügung stehen, genügend beherzigt, so erscheinen schnell und ins Gewicht fallende Einsparungen immer noch denkbar. Es muß zugegeben werden, daß von den vorhandenen Mitteln einer zentralen Verwaltung und Prüfung in wachsendem Maße Gebrauch gemacht wird. Darüber hinaus kann man sich den künftigen Forderungen durchaus anschließen, die auf eine baldige Annulla der Reform des Staats- und Verwaltungsaufbaues gerichtet sind. Die kommenden Monate werden vermuthlich Anregungen und Vorschläge in dieser Richtung in reichem Maße bringen, und es steht nur zu hoffen, daß der Geist, in dem sich die Verhandlungen zwischen dem Ernst des Problems und der Rechnung trägt. Die Wiederherstellung des kommunalen Kredits bildet den Eckstein bei der Neugestaltung des Kapitalmarktes. Die Herabsetzung von Sonderinteressen wäre nirgends weniger am Platze, als gerade auf diesem Gebiet.

## Preußens Klage

Heute Verfassungsprozess in Leipzig.

Leipzig, 10. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann heute vormittag ein Prozess, der von eminenter staats- und verfassungsrechtlicher Bedeutung für das innenpolitische Leben im Reichsgebiet ist.

Es handelt sich um die Klage des Landes Preußen gegen das Reich wegen der Entlassung des Reichskommissars.

Den Verhandlungsantrag führt Reichsgerichtspräsident Dr. Bäumle, Hauptberichterstattung des Reichsgerichts ist der Reichsgerichtsrat Schmidt. Im übrigen besteht der Gerichtshof noch aus weiteren zwei Reichsgerichtsräten und aus je einem Oberanwaltsgerichtsrat aus Berlin, aus Dresden und aus Minden.

Die preußischen Staatsminister des Kabinetts Braun entsenden vier Vertreter, nämlich die Ministerialdirektoren Dr. Brecht und Dr. Badt sowie die Staatsrechtler Professor Anshütz-Heibeler und Professor Gieseler. Das Reich wird durch fünf Sachwalter vertreten sein, nämlich durch den Ministerialdirektor Gostyiner und den Ministerialrat Hoge vom Reichsinnenministerium sowie durch die Professoren C. Schmidt (Berliner Handelshochschule), Bisinger-Halle und Jaksch-Leipzig.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, die sich der Klage gegen das Reich als Regierungspartei des Kabinetts Braun angeschlossen hat, läßt sich durch Professor Peters-Berlin, die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch Professor Heller-Frankfurt a. M. vertreten. Verbunden mit der Klage Preußens und der Parteien sind die Klagen von Bayern, Sachsen und Thüringen.

in denen beantragt wird, zu entscheiden, daß unabhängig von den einzelnen fruchtigen tatsächlichen Umständen allgemein die Abweisung von Ministern, die Ein- und Abweisung von Beamten und Eingriffe in die Zusammenlegung des Reichsrechts wie überhaupt in die Zusammenlegung von bundesstaatlichen Organen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung niemals zulässig sind.

Schon die Gegenüberstellung führender Staatsrechtler, von denen die Anshütz-Gruppe die bisher herrschende Mehrheitsmeinung in den wissenschaftlichen Untersuchungen über die Auslegung der Weimarer Verfassung vertritt, zeigt, daß es sich bei dem Leipziger Prozess um Grundfragen des Staatsrechts handelt, deren Verantwortung für die politische Weiterentwicklung in Deutschland von weitestlicher Bedeutung ist.

Die Verhandlung dürfte sich mindestens bis Mittwoch hinziehen, während die Entscheidung des Staatsgerichtshofs einige Tage später bekanntgegeben werden wird. Preußen beantragt außer den bei den badischen und bayerischen Anträgen erwähnten grundsätzlichen Feststellungen auch die Feststellung, daß das tatsächliche Vorgehen gegen das Kabinetts Braun, die Entlassung des Reichskommissars usw. mit der Verfassung nicht im Einklang stehe.

Das Reich verlangt die Zurückweisung dieser Anträge. Wie sich auch aus einem Schreiben des Reichszensors an den preussischen Landtagspräsidenten Kerk ergibt, vertritt das Reich die Ansicht, daß es in der Reichsrepräsentation gegen ein Land alle ermittelten Maßnahmen durchführen könne, nicht nur die auf Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gerichteten.

Die acht preussischen Staatsminister des Kabinetts Braun haben sich auch persönlich der Klage gegen das Reich angeschlossen, ohne daß bisher gerich. ob sie in Leipzig erscheinen werden.

Die persönliche Klage hielt man wohl für erforderlich, weil im Falle einer inzwischen etwa erfolgten Neubildung der preussischen Staatsregierung die neue Regierung diese ganze Klage zurückziehen könnte. In einem solchen Fall würde das Verfahren durch die Minister persönlich geleitet werden.

## Siedlung und Osthilfe

Rede des Reichsernährungsministers

Breslau, 8. Oktober.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun, sprach auf dem Verbandstage der niederschlesischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Breslau über den gegenwärtigen Stand der Siedlung und ihre Aussichten und die Osthilfe. Der Minister zeigte an Hand geschäftlicher Betrachtungen, daß die unbedingte Voraussetzung für jede vernünftige Siedlung immer sei: die Rentabilität der Landwirtschaft. Der gäbe, an seiner Scholle hängende Bauer sei vor allem als Bollwerk gegen den östlichen Ansturm nicht zu entbehren. Die Reichsregierung sei sich dieser Verantwortung wohl bewußt und habe deshalb, was bekannt ist, über die im Rahmen des Reichsetats ausgeworfenen 50 Millionen RM hinaus weitere 50 Millionen für Siedlungszwecke bereitgestellt.

Der Minister stellte fest, daß das Siedlungsergebnis bis zum 30. September keinen Rückschritt sondern eine Beschleunigung der Siedlung gebracht habe.

Zurzeit würden die Vorbereitungen getroffen, die zur Siedlung geeigneten Güter aufzustecken. Um wirklich lebensfähige und ertragsfähige Bauernstellen zu schaffen, sei auch eine besondere Förderung der Unterliegendung vorgezogen. In dieser Zusammenhang wies der Minister auch auf die außerordentliche Bedeutung der Siedlungsaussicht und der planmäßigen Wirtschaftsberatung der Siedler hin. An Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgaben habe die Reichsregierung die Finanzierung der Reichsstelle für Siedlerberatung entscheidend auf sich genommen, ferner die Mittel für eine Wirtschaftsberatung der Siedler in Preußen bereitgestellt und den Ausbau einer Wirtschaftsberatung in Westpreußen-Verfahren in Angriff genommen. Um die Möglichkeit der Siedlung ganz auszufüllen, sind, so fuhr der Minister fort, mit dem preussischen Domänenamt Verhandlungen eingeleitet über eine Vereinbarung, nach der der Domänenamt befähigungsfähige Domänen zur Siedlung bereit. Im Austausch soll dafür der preussische Forstwirtschaft geeignete Waldflächen übernehmen von denjenigen Privatbesitzern, die im Geschäftungsverfahren und Verkauf von Wald landiert werden können.

Der Reichsregierung liegt nicht nur die Weiterführung des Siedlungswerkes am Herzen sondern auch die Sorge für die in der Vergangenheit seit der Inflation angelegten Siedler.

Die Reichsregierung habe deshalb in Aussicht genommen, die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten zwei Jahre von 5 auf 3,5 v. H. zu ermäßigen.

Die Entwicklung der Osthilfe hat, wie der Minister weiterhin ausführte, keinen allgemein betriebswidrigen Verlauf genommen.

„Ich hoffe aber, daß es der Bank für Industrieobligationen im Zusammenhang mit den Landstellen gelingen wird, das Eingriffe der Reichsregierung überflüssig werden. Die Bedingungen mit den Führern der Industrie geben mir die sichere Hoffnung, daß dies gelingen wird.“

Wichtigste führte der Minister aus:

„Ich habe von der finanziellen Osthilfe gesprochen, lassen Sie mich aus meinen persönlichen Erinnerungen der letzten Monate der wirklich großen Hilfe, die uns an unsere Offiziere erhalten hat, der Schlacht von Tannenberg, und lassen Sie uns des Mannes gedenken, der sie geschlagen hat, des Helden, der in den Stürmen der Zeit immer der gleiche blieb, der aus seinen Anschauungen nie ein Schlacht machte, der noch heute klar und unklar wie ein alter weiserer Kopf sein Schicksal durch die Klappen flucht. Für mich bleibt es eine unaussprechliche Erinnerung, wie hindernislos mit innerer Anlehnung sich alle Pläne zur Förderung der Landwirtschaft vortragen ließ, sie genehmigter verzögerte und in seiner immer wieder aus neue verbleibender Sicherheit angehen befragt. Für uns Jüngere bleibt er in seiner Einfachheit und Schlichtheit, in dieser Abklärung alles unedlen Scheins und der bedingungslosen Unterordnung seiner Person unter das Wohl des Volkes der große Lehrer des Wortes: Herrschen heißt dienen!“

## Inhalt der deutschen Note

Die Antwort soll nicht veröffentlicht werden.

Berlin, 10. Oktober

Der Wortlaut der deutschen Note, die dem englischen Geschäftsträger übergeben worden ist, soll nicht veröffentlicht werden. Lieber den Inhalt wird folgendes mitgeteilt: „Die Note ist nur kurz.“

Die Reichsregierung bringt darin ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, mit den von der englischen Regierung eingeladenen Mächten in einer offenen Meinungsäusserung über eine zweckmäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage einzutreten, eine Haltung, wie sie ja schon aus dem früheren deutschen Memorandum zu ersehen ist.

Die Reichsregierung betrachtet als Ausgangspunkt solcher Besprechungen die Schlußfolgerungen der Lausanner

Konferenz, in der gefagt wurde, daß außer den in Lausanne behandelten Problemen auch andere Fragen geregelt werden müssen — womit damals ausdrücklich die Abrüstungsfrage gemeint war — in dem Bestreben, eine neue Ordnung zu finden, die die Herstellung und Förderung des Vertrauens unter den Völkern in dem gegenseitigen Geiste des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit ermöglichen würde. Nach Auflosung der Reichsregierung sollte diese Erklärung den Beigedanken für die von der englischen Regierung vorgelegene Ausdrucksform bilden, so daß also diese Ausdrucksform von demselben Geiste getragen wird, der es ermöglichte, den Schlüsselstrich unter das Reparationsproblem zu ziehen.

Dagegen würden aber Verhandlungen auf der Grundlage der englischen und französischen Note schwerlich geeignet sein, eine Regelung der Streitfrage herbeizuführen.

Die deutsche Note vermeidet jeden pessimistischen Ton. Denn wenn die oben zitierte Formel von Lausanne den Besprechungen zugrundegelegt wird, kann man nach deutscher Auffassung hoffen, daß es gelingt, zu dem Ergebnis zu gelangen, die Gründe, die uns von der Abrüstungskonferenz fernhalten, zu beseitigen und damit Deutschland wieder in die Abrüstungskonferenz hineinzuführen. Die Reichsregierung hat es aus den letzten früheren Verhandlungen niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland einen erfolgreichsten Ausgang der Abrüstungskonferenz erstrebt.

Die Note beruht sich also auf den Vertrauenspakt und die Schlussklärung der Lausanne Konferenz. Beides war in Abrüstungsverträgen der Gegenseite und daran knüpft sie die Note in Form einer feststellenden Warnung den Vorbehalt, durch den die Basis der Londoner Besprechung geschaffen wird.

Was schließlich den Zeitpunkt der von der englischen Regierung angeregten Aussprache anlangt, so hat die Reichsregierung dem englischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß uns mit Rücksicht auf die Wählerwünsche eine etwas spätere Datum als der 11. Oktober erwünscht sei. Dem übrigen geht aus dem oben zitierten Inhalt der Note hervor, daß die Reichsregierung mit einer gewissen Erweiterung des an der Aussprache beteiligten Kreises überanlassen ist.

### Eine neue englische Verlaubarung zur Konferenzfrage

London, 10. Oktober.

Neuer erfährt aus amtlichen Kreisen, der Text der deutschen Antwort liege noch nicht vor, jedoch wisse man, daß die deutsche Regierung der Anregung zu einer Meinungsanstalt zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien, wie ihn die britische Regierung vorgeschlagen habe, günstig gegenüberstehe.

Frankreich und Italien hätten gleichfalls mitgeteilt, daß sie mit einer solchen Konferenz einverstanden seien. Der Ort der Zusammenkunft stehe noch nicht fest. Angesichts des allgemeinen Wunsch nach Ausdehnung der durch das deutsche Fernbleiben von der Abrüstungskonferenz entstandenen Schwierigkeiten dürfte die Frage des Konferenzortes aber nicht auf Schwierigkeiten stoßen.

In amtlichen britischen Kreisen komme Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die Initiative der britischen Regierung die erwähnten Antworten herbeigeführt habe.

### Ein österreichischer Schritt?

Bedenken wegen der Londoner Konferenz. Genf, 10. Oktober.

Das „Journal des Nations“ teilt mit, daß der ständige Vertreter Österreichs beim Völkerbund, Pfleger, den Vertreter Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz, Kriegsminister Paul-Boncour, aufgeht habe, um ihm mitzuteilen, daß die österreichische Regierung mit Anreue die Möglichkeit einer Zusammenkunft der großen Mächte in der Abrüstungsfrage außerhalb Genfs verfolge. Diese Darstellung des Genfer Blattes wird von französischer Seite bestritten. Es verlautet, daß Paul-Boncour den französischen Pressevertretern von dem Schritt Pflegers Mitteilung gemacht habe.

Von gut unterrichteter österreichischer Seite wird zu der Meldung, die in deutschen Kreisen schon vorläufig peinliches Aufsehen erregt hat, erklärt, daß das „Journal des Nations“ das in der Tat sehr stark mit Frankreich sympathisiert, den Vorgang „in etwas anderer mißverständlicher Form“ dargestellt und auch vergessen habe hinzuzufügen, daß Österreich in der Frage der Gleichberechtigung auf dem gleichen Standpunkt stehe wie Deutschland.

rechtigung auf dem gleichen Standpunkt stehe wie Deutschland.

### Die Zersplitterung der Mittelparteien

keine gemeinsame Liste.

Berlin, 10. Oktober.

Die Sammlungsdebatte der bürgerlichen Mittelparteien scheint für die kommende Reichstagswahl endgültig, und zwar im negativen Sinne, erledigt zu sein, da die Deutsche Volkspartei ihr Wahlbündnis mit den Deutschnationalen erneuert hat und der Christlich-Soziale Volksdienst erklärte, daß er auch diesmal selbständig und ohne jede Bindung vorgehen werde. Auch die Versuche, die restlichen Mittelparteien auf eine gemeinsame Grundlage zu bringen, können jetzt als gescheitert angesehen werden.

Trotzdem werden die Parteien aber auf eine Beteiligung an der Wahl nicht verzichten, sondern mehr oder weniger selbständig in den Wahlkampf gehen.

Die Wirtschaftspartei hat ihr Wahlbündnis mit der Bayerischen Volkspartei erneuert, so daß wie bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimmen auf der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei dorthin werden. Die Unterzeichnung des neuen Abkommens soll in dieser Woche erfolgen. Zu einem Parteitag der Wirtschaftspartei wird man sich über die Kandidatenfrage und die Führung des Wahlkampfes unterhalten. Die endgültigen Beschlüsse der Landvolkspartei über ihr Vorgehen bei der Reichstagswahl werden ebenfalls in einer Parteiausgleichung gefaßt. Bei der letzten Reichstagswahl hatte das Landvolk ähnlich wie die Deutsche Volkspartei ein Abkommen mit den Deutschnationalen getroffen. Die Staatspartei, die ihre Hoffnungen auf eine Offenverbindung mit den Sozialdemokraten, die ihr bei der letzten Wahl angeboten war, gesetzt hatte, ist durch die Abgabe der Sozialdemokraten enttäuscht worden. Sie wird jetzt bei der Wahlkampftätigkeit ebenfalls wieder allein betreiben.

### Bürgersteuer für 1933

Erhebung in 12 Monatsraten.

Berlin, 7. Oktober.

Die Bürgersteuer ist für das Jahr 1933 durch Reichsverordnung neu geregelt worden. Die Steuer, die bisher in 6 Monatsraten erhoben wurde, ist nunmehr auf ein Jahressteuern umgestellt und gelangt ab 1. Januar 1933 in 12 Monatsraten zur Erhebung.

Für die Ehefrau wurde zur Bürgersteuer bisher ein Zuschlag von 50 v. h. erhoben. Dieser Zuschlag fällt nunmehr fort, so daß die Steuer für Verheiratete und ledige in gleicher Höhe zur Erhebung gelangt. Der einfache Satz der Bürgersteuer beträgt wie bisher 6 RM, also auf den Monat gerechnet, nicht wie in den ersten Monaten 1932 1 RM bzw. 1,50 RM für Verheiratete, sondern für alle Steuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 4500 RM 0,50 RM.

In der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 28. September 1932 ist nunmehr bestimmt worden, daß alle Gemeinden, die die Reichsliste für Wohlfahrts-erwerbslose in Anspruch nehmen wollen, mindestens 500 v. h. der Bürgersteuer 1933 beizustellen müssen.

Der verheiratete Steuerpflichtige hatte nach den bisher geltenden Bestimmungen monatlich 4,50 RM Bürgersteuer zu entrichten. Er wird am 1. Januar 1933 bei 500 v. h. Bürgersteuer nach den neuen Bestimmungen monatlich 2,50 RM zu zahlen haben. Der ledige Steuerpflichtige hatte auf Grund der früheren gesetzlichen Bestimmungen bei 300 v. h. Bürgersteuer monatlich 3 RM zu zahlen, in Zukunft monatlich 2,50 RM, so daß auch seine monatliche Steuerleistung herabgesetzt wird.

Als wesentlich ist noch zu berücksichtigen, daß auch die Einkommensgrenze, die die Bürgersteuerpflicht auslöst, eine Veränderung erfahren hat.

Die Steuerfreigrenze lag bisher einheitlich bei 500 RM Jahreseinkommen. Sie wird in Zukunft örtlich verschieden sein, und zwar deswegen, weil als örtliche Freigrenze die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge Geltung haben sollen.

### 123 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 8. Oktober.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung waren Ende September bei den Arbeitsämtern rund 5 100 000 Erwerbslose gemeldet.

Der junge Stefan war nicht wenig überrascht, als sein Vater ihm ganz plötzlich erzählte, daß er eine neue Beziehung zu Helena Kanten wolle. „Wollt ich innerlich mit dir zu ringen. Aber er wagte sich nicht mit der Sprache heraus. Er warf einen schnellen Blick auf Stefan und las zu seinem Erstaunen nur gütiges Jubelkommen darin. Da land er Mut. „Ich muß dir etwas gekochen. Ja, ich muß dir eine lange Geschichte erzählen“, begann er zögernd. „Sie ist wirklich sehr sonderbar.“ Er farrte in das Gedächtnis seiner letzten Jahre, so als müßte er sich erst sammeln. Stefans Blick über den riesigen, mattglänzenden Park ab. Nein, keine Menschenleise hier! Nur aus weiter Ferne sang leises Lachen, unheimliches Stimmengewirr. „Mit dir, als bei meinem Inneren in kurzer Zeit gänzlich umgewandelt. Ich bin mit ganzer Seele Schaulustler. Von dem Augenblick an, als ich zum ersten Mal, als ich ohne dein Wissen und ohne deine Hilfe den Sprung wagte, fühlte ich, daß ich ein anderer Mensch wurde. Eine neue Welt berührte mich, obgleich ich sie ja durch dich schon zu kennen glaubte. Möglich, daß mich auch die Schönheit und der Geist dieser Frauen in Bann schlugen.“ Die letzten Worte wurden ganz leise gesprochen. Wollt war einen raschen, forschenden Blick auf seinen Vater. Aber in dem nächsten Augenblick konnte er den Ausdruck seines Gedächtnis nicht erkennen.

Stefan schwieg. Es entstand eine kleine Pause. „Stefan, und so bin ich heute nicht mehr der Schwärmer, der sich noch im Frühling das Leben nehmen wollte, wenn Brigitte nicht hier würde.“ fuhr er stärker werdend fort. „Ich bin in diesen Wochen nüchtern geworden. Liebe meine künstlerische Tätigkeit und die ganze Weltwelt mit ihrem Glanz, mit ihren Schönheiten und Möglichkeiten. Ich will kämpfen! Aber gerade darum kann ich mich jetzt nicht binden und eine Ehe eingehen. Und so muß ich dir ein seltsames Geständnis machen —“

Wieder hielt er inne, und es schien als sollte der schweigende Mann ihm gegenüber jetzt tief Atem. „Brigitte ist mir auch heute noch lieb und teuer. Aber ich habe nicht mehr den Wunsch, sie zu besitzen. Nur an ihre ganz, liebe Mütterlichkeit möchte ich mich anlehnen.“

Die Arbeitslosigkeit hat danach im September um rund 123 000 abgenommen. Zurückgeführt wird diese Besserung des Arbeitsmarktes in dem Bericht auf die Maßnahmen der Reichsregierung, auf saisonmäßige Einflüsse und in beschränktem Umfang auf die Veränderung des Unterhaltungsbedarfs.

### Beschäftigung für zwei Millionen

Dr. Gerete Arbeitsbeschaffungsplan.

München, 10. Oktober.

Die Unterredung eines Pressevertreters mit dem Leiter des Landeseinzelhandels Dr. Gerete bringt über dessen Plan einer erweiterten Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder, Gemeinden und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften interessante Einzelheiten.

Danach würde sich der finanzielle Gesamtumfang des großzügig gedachten Projektes schätzungsweise auf ein bis zwei Milliarden Mark belaufen, also weniger als die Summe von drei Milliarden, die jährlich an die Arbeitslosen ausbezahlt werden müßte. Diese zwei Milliarden Mark werden nicht in vollem Umfang bereitgestellt, denn allein 400 Millionen würden wieder in Form von Steuern, Abgaben und Versicherungsbeiträgen in die öffentlichen Kassen zurückfließen. Man glaubt, auf Grund des Planes etwa zwei Millionen Menschen beschäftigen zu können. Das bedeutet eine Entlastung von einer Milliarde Mark jährlich für die Unterhaltungsstellen.

### Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 10. Oktober 1932.

#### Die Frospanner fliegen

Wenn die meisten Insekten ihre Winterquartiere aufgesucht haben, fliegen im Herbst und Spätherbst die Frospanner. Als gefährliche und gefährdete Schädlinge unserer Obstbäume sind sie dem Landmann und Obstbauern verhasst. Darum ist auch ihre Kenntnis und sachgemäße Bekämpfung für den heimatischen Obstbau von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Je nach den Witterungsverhältnissen sind bis in den Januar hinein fliegende Frospannermännchen anzutreffen. Taumelnd fliegen sie bei einbrechender Dunkelheit umher und suchen nach dem finsternen den spinntierähnlichen entfernt ähnlichen Weibchen, die gegen Abend an den Stämmen der Obstbäume emporkriechen und ihre Eier an die Baumknospen ablegen. Mit dem Frühlingserwachen und Entfallen der Knospen entschlüpfen den Eiern kleine Käupchen, die den Knospen und später auch den Blättern durch Fraß verderblich werden. Die Bekämpfung der Frospanner geschieht durch Anlegen von Netzen.

Verlängerung der Bekämpfung über Brotweizensaaten. Wie bekannt, ist in dem Protokoll die Bekämpfung enthalten, daß Brot, für das ausschließlich oder überwiegend Mahlerzeugnisse des Roggens verwendet werden, gewerbsmäßig nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden darf und daß das Gewicht vom Hersteller auf dem Brot für den Käufer leicht erkennbar anzugeben ist. Diese Bekämpfung, mit deren Einführung letzenerzeit das sogenannte Schlimm des festen Brotgewichtes bei gleichem Volumen ganz allgemein für das Reichsgebiet zur Pflicht gemacht wurde, ist bis zum 30. September 1932 befristet. Da eine Verbeibaltung im Interesse einer angemessenen Brotpreisbildung und ihrer Überwachung zweckmäßig ist, wird jetzt eine Geltungsdauer im Wege der Rotverordnung unbefristet verlängert.

\* Zum Schweinemarkt am 6. Oktober waren 244 Ferkel zum Verkauf gestellt. Die Preise betragen 6 RM für 4 Wochen, 8 RM für 8 Wochen alle Ferkel.

\* Verkehrsrisikosität und Unfallhaftung auf den Landstraßen. Bei der allgemeinen Einschränkung der Ausgaben, die zwangsläufig durch die zunehmenden Erwerbslosenlaken und die allgemeine Schrumpfung der Staatseinkommen herbeigeführt werden, sind die wegeunterhaltungsrechtlichen Landkreise, Gemeinden und Provinzen nicht mehr in der Lage, den Straßenbau so zu betreiben, wie es für Sicherheit und gute Befahrbarkeit erforderlich ist. Die Kraftfahrer müssen infolgedessen damit rechnen, daß der Zustand der Wege sich hier und dort verschlechtert. Dabei ist zu bedenken, daß nicht in allen Fällen für Unfälle, die infolge der schlechten Beschaffenheit der Straße eintreten, die Wegeunterhaltungsträger schadenlospflichtig sind. Es ist in der bisherigen Rechtsprechung auch schon anerkannt, daß die Pflicht zur Wegeunterhaltung nur im Rahmen der allgemeinen Leistungsfähigkeit den Straßen

### Der Aberglaube des Stefan Kanten

ROMAN VON KATHE BRINKER

(57. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich habe dir nichts zu verzeihen.“ sagte sie fast heftig. „Und ich bringe das Opfer für dich gern!“ Es klang Liebe und ein fester, ernster Wille aus diesen Worten.

„Das weiß ich!“ antwortete er befraglich. Seine Lippen umspielte ein übermütiges Lächeln. Ohne daß sie es verhindern konnte, rief er sie an sich und preßte einen langen, erstickenden Kuß auf ihren Mund. Vergeblich kämpfte sie gegen ihre breiten Schultern.

„Bist du wahnhaftig geworden?“ rief sie, als er sie endgültig freiließ.

„Aber ganz im Gegenteil!“ lachte er vergnügt. Sie sprang auf. Doch er brühte sie mit sanfter Gewalt auf ihren Sitz nieder. Sein Gesicht war jetzt ernst. „Geliebtes, Wollt mich dich mit freigegeben! Du gehörst mir!“ Sie wollte eine Einwendung machen, aber er bat: „Laß mich zu Ende sprechen! Sieh, ich war durch meinen Aberglauben verblendet. Jetzt ist alles ruhig mit mir, so still. Alles ist überwunden und nicht ein Hauch mehr von nichts mehr auf der Welt. Und dir, meine Brigitte, habe ich so unendlich viel zu danken!“ Wieder lagen sie, wie damals im Frühling, unter dem wogenden, schimmernden Kastanienbaum. Damals, als sein Aberglaube sie zwang, sich freiwillig für ihn zu opfern. Und das Mädchen läufte nun wie verzaubert seinen Worten.

„Ich bin ich stark und will wieder kämpfen. Verlaß mich darauf, daß ich siege!“

Stefan schloß sie in seinen Arm. „Aber hast du nicht Angst um Wollt?“

Er schüttelte den Kopf. „Nicht mehr! Doch meiner eigenen Idee habe ich doch beobachtet, daß der Junge durch den Sturm verblendet worden ist. Alles an ihm und in ihm ist Bildung. Es wäre unverantwortlich, wenn er jetzt beiraten würde.“

Da trat Stefan zu ihm hin, so daß Wollt nun aus nächster Nähe in seine Augen blicken konnte. „Du lieber lieber Junge! Weist du auch, daß ich deine innere Umwandlung schon damals sah, als du uns in Einmündigkeit überläßt und mir so sehr und zielbewußt deinen Entschluß mitteiltest?“ Ohne die Antwort des Sohnes abzuwarten, fuhr er fort: „Was ist das für ein herrlicher Tag dieser 8. August.“

Wollt sah erschüttert in die wunderjam leuchtenden Augen seines Vaters, griff erragt nach seiner Hand.

„Stefan, halt du jetzt den Frieden.“

„Ja, Wollt! Ich habe das Vertrauen zu Gott wieder gefunden. Denn ich habe eingesehen, daß die Menschen geschichte nicht an Zahlen und an lächerlichen Land gebunden sind. Und daß Aberglaube nichts weiter ist als man gelinder Gottesglaube! Ich bin von meiner lüderlicheren Idee über. Die mich um viele Jahre meines Lebens bereut hat, geheilt.“

Wollt läufte diesen Worten mit wachsender Ergreifung. „Ja, was es denn Wirklichkeit, träumte er auch nicht? Sein Vater sollte tatsächlich die Ketten seines Aberglaubens zerrissen haben, war ganz frei und gesund? Noch sagte er es nicht.“ „Für immer?“ fragte er schwach.

Stefan läufte gütig. „Ich hoffe es! Ich bin geneigt durch den ruhigen Verlauf dieses 8. August, für den mit ein Astrologe Unglück in meinem Danks prophezeit hat. Die Kraft aber zur Genehung verdanke ich meiner Liebe!“

Stefans gültigtrauernder Blick sprang zu Wollt hinüber. Der verstand. „Wo ist was, was ich längst ahnte und nicht lösen konnte? Du und Brigitte, ihr liebt euch?“

Stefan antwortete ihm. „Aber du bist Stefan beim Arm, in wilder Freude.“

„Und du hättest verzichtet?“ fragte Wollt erigroden. „Die Hochzeit stand doch bevor!“

Stefan schüttelte den Kopf. „Nein, jetzt nicht mehr! Ich bin vorhin zu dir gekommen, um Brigitte von dir zurückzufordern. Und ich wußte, daß ich siege!“ (Schluß folgt.)

oder Gemeinden zugemutet werden kann. Die Kraftfahrer müssen infolgedessen bei Befahren der Straßen selbst die nötige Sorgfalt anwenden.

Der **Evangelische Jugendverein Remberg** beginnt am 8. und 9. Oktober das fest seines 41-jährigen Bestehens, verbunden mit dem 1. Stiftungsfest seiner vor Jahresfrist ins Leben getretenen Jungkirche. Die Feierveranstaltung begann am Sonnabend mit einer Abendfeier im Saale des Schützenhauses. Die Feier war gut besucht, insbesondere konnte der Vorsitzende W. Leue zahlreiche Mitglieder auswärtiger Vereine (Deffau, Nabis, Grödenbainden, Wittenberg) in seiner Begrüßungsansprache willkommen heißen. In seinem kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung des Vereins dankte der Vorsitzende den Führern der älteren Generationen für ihre Treue und zukunftsreiche Arbeit für das Werk der evangelischen Jugendführung, die auch in den Kriegs- und Nachkriegszeiten mit ihren mancherlei Erschwernissen und Wandlungen der Jugendführung nicht verzagt und deshalb nicht verlagert. — Namens der durch mehrere Mitglieder vertretenen kirchlichen Körperschaften dankte Pfarrer Bettram für die Einladung zum Feste und wünschte dem Verein weitere fröhliche Entfaltung seiner Arbeit und wachsenden Erfolg seines Strebens. Die kirchlichen Körperschaften werden mit um so größerer Freude das Gelingen des Vereins fördern, je mehr sie sich überzeugen können, daß in den Mitgliedern des Evangelischen Jugendvereins der Kirche der zukünftige Kern der Gemeinde heranwächst. Zweck und Ziel der Evangelischen Junglingsvereine legt der Bundesgawart Böhm aus Halle dar in seinem Festvortrag zum Thema: „Warum Evangelische Junglingsvereine?“

Der Väterchor des Ev. Jugendvereins Santt Pauli aus Deffau umarmte die einzelnen Darbietungen des Abends mit guter Musik; fröhliche Scharlieder der Jungenschaft zeigten etwas von dem gesunden, frohen Sinn, der im Verein gepflegt wird. Eine Reihe gut gestellter lebender Bilder ließ sehen, was das „Gang, Jungvolk auf Fahrten und treibt, die Aufführung eines Spiels „Ältere Mäuler“ gab einen Einblick in die verberlichen Wirkungen der Schundliteratur, deren Bekämpfung zu den Aufgaben der „Gang, Jugend“ gehört.

Der Bundesgawart überreichte dem Führer Leue für seine verdienstvolle sechsjährige Arbeit im Verein ein anerkennendes Diplom und die silberne Bundesnadel, Herr Pastor Höpfer mit anerkennenden Worten dem Mitgliede Schannor ein Buch für seine fünfjährige Mitarbeit. Besonderen Beifall fand das von einer Turngruppe des Deffauer Jugendvereins vorgeführte Reulenschwimmen. Mit einem Schlusswort des Pfarrers Langhein fand der Abend seinen Ausklang.

Am Sonntag früh fanden sportliche Veranstaltungen statt, darnach Kirchgang. Der Kreisjugendpfarrer Schulz aus Nabis hielt die Festpredigt über Matth. 10, 28—33. Sport und Spiel beendigten am Nachmittag das wohlgelungene Fest. Wir wünschen dem Verein eine weitere segnete Zukunft.

Am gestrigen Sonntag veranstaltete die **NSDAP** die Sturmabteilungsfeier in Verbindung mit der zweijährigen Gründungsfeier der heiligen Ursgruppe. Die Veranstaltung hatte sich eines sehr guten Erfolges zu erfreuen. Ueber den Verlauf werden wir in unserer nächsten Nummer berichten.

**Ueberrascht wird die Hausfrau**, welche zum ersten Male Magg's Würze verwendet und findet, daß schon

Wolfs Augen wurden größer. „Dann hatte ich also Brigitte offen wollen!“ —  
Kampen nicht stumm.

Da wurde dem 22-jährigen Wolf mit einem Male alles lichterklar. Pöflich erinnerte er sich an ihren geistlichen Ansbruch, wenn er sie rüchlos, immer nur an sich denkend, wieder und wieder küßte, an ihr häßlich forciertes Wesen, endlich an ihr nervöses Kränken in dem Hofknecht. Und den ganzen tragischen Konflikt hatte nur er heraufbeschworen. Er ganz allein, weil er mit ein paar hysterischen Worten: „Wenn sie nicht mein wird, nehme ich mit das Leben!“ einem ebenso abergläubischen wie selbsthohen Vater das Gehirn zermartert hatte. Wie er sich härmte! „Was müßt ihr nun mitmetwillen geküßt haben!“ —  
Ihm es leide, von seinen Lippen. Dann richtete sich die Männer schweigend die Hände, mit einem ungläubigen Ausdruck des Schreckens und der Liebe.

Während dieser Ausprache wurde Brigitte am andern Ende des Parks von Frau Stanislawitsch erwischt. „Endlich erreichte ich Sie, Fräulein Fork! Verzeihen Sie mir eine Frage —“  
„Er sah in ihre schönen, glänzenden Augen. „Sind Sie glücklich?“

Sie erzählte ihm an: „Unbeschreiblich glücklich!“  
Für Wan war es Selbstverständlichkeit, daß sie mit Stefan leben konnte. Ein Gedanke an Wolf kam ihm gar nicht. „Entsinnen Sie sich noch der Stunde, da ich Ihnen eine Geschichte erzählte?“  
Sie nickte stumm.

„Nun sind Sie kein Schicksal geworden! Sie, die dritte Brigitte!“

Das Mädchen sah stolz zu ihm auf. „Aber Stefans Ueberlaube ist tot!“

Sie gingen eine Weile nebeneinander, ohne ein Wort zu sprechen. Am liebsten wäre sie allein geblieben, das unglückselige Glück noch einmal still zu genießen. Da rang ihre Stimme wieder an ihr Ohr: „Ja, es kann sich in kurzer Zeit sehr, sehr oft ereignen!“  
„Wermals nichte sie nur, lächelte er personell und dachte daran, wie unglücklich sie noch vor einer halben Stunde gewesen, wie düster und ihmahnig die Zukunft vor ihr lag und wie nun plötzlich alles in Licht und Sonne getaucht war. Ihr Herz jubelte und dankte...“

#### Ausklang

Ein Jahr war verstrichen. Aus Brigitte Fork war Brigitte Kampen geworden. Ein Jahr ungetrübten Glücks! Stefan arbeitete zahllos, mit innerer Hingabe, und reifte zu ganz großen schöpferischen Leistungen heran. Kurz er verheiratete Brigitte die junge Brigitte einen kleinen Mädchen das Leben und war selbst gesund. Stefan verödete das winzige Gehöft. Es sollte Brigitte heißen. Denn Stefan Kampens Ueberlaube war ja tot! Seine Seele war jetzt stark und gelund. Er war ein Vollkommen! Ende.

wenige Tropfen genügen, um schwache Suppen und Soßen augenblicklich tafelfertig zu machen und um Gemüßen so wie Salaten feinen, kräftigen Wohlgeschmack zu verleihen. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß alleinig Magg's Würze als das unübertreffliche Küchenhilfsmittel geripien wird.

**Wittenberg.** Wegen Landfriedensbruches hatten sich vor Gericht acht Kommunitäten zu verantworten. Gelegenheit eines Demonstrations-Umzuges am 15. Juli war es zu Zusammenstößen gekommen, die in erster Linie durch das Verhalten der Angeklagten hervorgerufen waren. Die Polizei mußte eingreifen und es fielen auch Schüsse. Die Verhandlung dauerte mehrere Tage. Der Staatsanwalt stellte am Dienstag folgende Strafanträge: gegen Rykardt zwei Jahre Gefängnis, Welt ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Dalchow ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Jänike sechs Monate Gefängnis, Knat ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Brünninger zwei Jahre drei Monate Gefängnis und Wehje ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Gegen Kamp wurde Freisprechung beantragt. Am Mittwoch wurde nach dem Urteil verkündet. Es lautete gegen Rykardt auf zwei Monate Gefängnis, ebenso gegen Welt und Wehje gegen Dalchow auf drei Monate Gefängnis und gegen Knat und Brünninger auf vier Monate Gefängnis. Kamp und Jänike wurden freigesprochen. Soweit Verurteilung erfolgte, haben die Angeklagten die Kosten zu tragen.

#### Federblei ist unpfändbar.

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Braunschweig ist Federblei eines Gefäßglases als „Zubehör“ der Wohnung gemäß Paragraph 865 Abs. 2 des PFD nicht unterworfen und eine Gefäßglase als Landgut im Sinne des juristischen Sprachgebrauchs anzusehen. Darüber hinaus läßt die Entscheidung auch erkennen, daß allgemein bei landwirtschaftlichen Betrieben das vorhandene Federblei als „Zubehör“ unpfändbar ist.

**Obesün (Saalfeld).** Zu erheblichen Ruhestörungen war es hier anlässlich eines Märches einer Abteilung Nationalsozialisten nach Obesün am 2. Juli gekommen. Ein Schwenker hatte einen Dolch gezogen und sollte zwei Tage später festgenommen werden. Als ihn der Polizeibeamte mit dem Auto nach Halle bringen wollte, hatten sich etwa 150 Kommunisten angesammelt, die den Beamten an der Ausübung seines Dienstes hinderten. Er konnte den Gefangenen nach in das Rathaus bringen, wo die Menge aber vom Bürgermeister die Freilassung erzwang. Sehr bald folgte ein Feilsch wegen Verhaftung an einer Polizeistation. Angriff auf einen Polizeibeamten, Gefangenentreibung usw. vor der Strafammer Halle zu verantworten. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, während der seinerzeit besetzte Demonstrant nur drei Monate Gefängnis erhielt.

**Lenna.** Mehrere große Feldsteine waren amends auf die Schienen der eisenbahn Ueberlandbahn der Strecke Göttingen—Dolzig gelegt. Zum Glück bemerkte der Wagenführer das Unwetter rechtzeitig und konnte seinen Wagen zum Halten bringen.

**Mücheln (Geiselau).** Aus dem zweiten Stockwerk fürzte in einem unbewachten Augenblick das vierjährige Söckchen eines hiesigen Einwohners. Das Kind wurde heruntergeworfen und hat sich vom Kopf her verletzt.

**Die hincale Kinderabklärung im Regierungsbezirk.**  
**Magdeburg.** Am hincalen Kinderabklärung sind in der letzten Zeit zwei neue Erkrankungen in Magdeburg festgestellt worden, und zwar in einem Fall die Erkrankung einer 23-jährigen Frau. Aus dem Regierungsbezirk wurden insgesamt neun neue Erkrankungen gemeldet, und zwar je zwei aus den Kreisen Calbe und Lützen und eine aus den Kreisen Wolmirstedt, Gerstetal, Quedlinburg, Neuhaldensleben und Stendal.

#### Zuchthaus für einen Bahnpostsekretär.

**Magdeburg.** Ein 60-jähriger Postsekretär wurde vom Ermittler Schöffengericht wegen Amtsunterschlagung zu 13 Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte heißt 33 Jahren im Postdienst und hat sich vom Postsekretär zum Sekretär heraufgearbeitet. Er wurde beschuldigt, im Postwagen einen Einschreibebrief entwendet zu haben, in dem sich 50 Mark befanden. Als das Fehlen des Briefes im Postwagen bemerkt wurde, kamen die drei übrigen Beamten überein, daß sich alle vier freiwillig einer Selbstuntersuchung unterziehen lassen sollten. Bei dieser Untersuchung wurde der Brief bei dem dienstleitenden Postsekretär vorgefunden. Der Angeklagte gab vor Gericht an, der Brief sei in seine eigene Sortierpost gefallen, was er aber nicht bemerkt habe, als das Fehlen des Briefes von dem ebenfalls sortierenden Postassistenten bereits verhandelt worden war. Er habe sich nun mit falscher Scham nicht gemeldet, sondern den Brief mit der Absicht verhehelt, ihn bei passender Gelegenheit wieder zurückzugeben. Der Verurteilte will gegen das Urteil Berufung einlegen.

#### Streik in der keramischen Industrie.

**Zorgau.** Bei der Firma Wilters & Bock, keramische Werke, Sorgau, ist ein Streik ausgebrochen, der den größten Teil der Belegschaft umfaßt. Von 800 Mann waren nur 40 im Betriebe erschienen. Der Grund des Streiks ist, daß die Firma aus Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms ihre Belegschaft um 25 v. h. vermehrte und dafür die in der Vorberordnung zugefügten Lohnermäßigungen durchzuführen will.

Auch am Sonnabend blieben sämtliche Mitglieder der Belegschaft der Arbeit fern. Nur ein Streikaustrittsgesandter, dem Vertreter aller Gewerkschaften und Parteimitglieder von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten angehörend.

**Eisenburg.** Ein unangenehmer Einfluß wird auf den hiesigen Gauseisplan durch den Ausfall von etwa 80.000 Mark Steuern jährlich ausgeübt. Dieser Steueranfall ist die Folge davon, daß die Deutsche Eisenerzfabrik ertraglos arbeitet und die I. G. Farbenindustrie eine passive Eisenerzblanz aufweist.

Die Mitteldeutschen Handwerklammer zum Arbeitsbeschaffungsprogramm.

**Wintersberge (Harz).** Die Mitteldeutschen Handwerklammer nahmen hier zu den bekannten Verbänden der Reichsregierung zur Weibung der Wirtschaft und Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffungsleistung Stellung. In einer Entscheidung werden grundsätzlich sämtliche Maßnahmen für die geeignet sind, die deutsche Wirtschaft, besonders die deutsche Handwerkwirtschaft,

vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die Mitteldeutschen Handwerklammer weisen aber darauf hin, daß für eine Wiederherstellung ihrer Betriebe drei Punkte maßgebend sind und zwar die restlose Freigabe der bisherigen Gauseissteuer zur Erleichterung von Aufträgen durch den Haus- und Grundbesitz, Zurverfügungstellung von Kapital zur erträglichen Zinsen und Förderung der Neubildung des durch die bisherige Wirtschaftspolitik zerstörten betrieblichen Eigenkapitals durch Gesellschafter und Verwaltung.

**Berenburg.** Wegen auf dem Bahnhöfbergangl Glück hatte ein Motorradfahrer aus Silberstedt, der auf seiner alljährlichen Fahrt zur Arbeitsfeier in der Rößwitzer Straße die geschlossene Schranke durchbrach, Er blieb bewußtlos auf den Schienen liegen, konnte jedoch noch kurz vor Ankniff des Schnellzuges in Sicherheit gebracht werden.

**Felzling wegen kommunistischer Forderungsbau.**  
**Erfurt.** Der Maschinenführer Eberhard Brömel aus Erfurt war im Zusammenhang mit der 1930 unter Erfurter Polizeibeamten veranstalteten kommunistischen Forderungsbau angeklagt, Bestrebungen zur Fortsetzung des verbotenen Rot-Frontkämpferbundes eingeleitet zu haben. Er hatte außerdem 22 Polizeibeamten die illegale Druckschrift „Der Polizeibeamte“ durch die Post zugeschickt. Eine Hausdurchsuchung förderte viel belastendes Material bei ihm zutage, u. a. Fragebogen an Ortsgruppen des verbotenen Rot-Frontkämpferbundes mit der Anfrage, ob die Meinung zur Weiterführung des Bundes befehle.

Der vierte Straftatbestand beruhte den Unannehmen wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Sachheim mit Vergehen gegen das Republikvergehen in einem Satz sechs Monaten Festung unter Anrechnung von fünf Wochen Unterhübschaft. Die Ueberzeugungsfähigkeit wurde ihm zugestanden.

#### Seine Streikunterstützung!

**Erfurt.** Bei der Kampfabfahrt R. Stüben & Co. war am 28. September ein Streik ausgebrochen. Auf Antrag des Verbandes Thüringer Metallarbeiter ist jetzt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung Erfurt, durch einstweilige Verfügung aufgegeben worden, jede Unterhübsung des Streiks zu unterlassen und auf beschleunigte Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

#### Vom Tanz in den Tod.

**Wiederode (Sa. Sangerhausen).** Am Freitagabend holte der 16-jährige Gattwirtssohn Schmölling aus Wiederode seine Tansultenbende Elise Reithmann aus Wiederode mit einem Personentransportwagen seines Vaters zur Kutschbahn ab. Bei der Rückfahrt freifte er einen Schuljungen. Das Auto überstieß sich. Das Mädchen wurde aus dem Wagen geschleudert und auf der Stelle getötet. Ein mitfahrender Fährer wurde schwer verletzt und liegt im Krankenhaus. Schmölling, der keinen Führerschein besaß, hatte den Wagen ohne Erlaubnis seines Vaters benutzt.

#### Gefängnis für Weidung eines Oberlandjägers.

**Calbe (Saale).** Die in Calbe erscheinende Wochenchrift „Rote Wacht“ hatte anlässlich der Vorgänge bei der Weidung eines Kommunisten in Gatzmar die Polizei sehr angegriffen. Demals waren drei Arbeiter erschossen worden. In der Kritik war über den Oberlandjäger Kettner aus Calbe gesagt, er habe sich bei der Schierei am meisten beteiligt und erst in stehender, dann in liegender Stellung blindlings dazwischengetreten. Gegen den Herausgeber, den Arbeiter Otto Schmidt aus Calbe, stellte der Landrat des Kreises Calbe ein Strafamt an. Schmidt wurde vom Schöffengericht in Schönebeck-Bad Salzungen zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Wie die Beweisaufnahme ergab, ist aus der Waffe des Oberlandjägers Kettner kein Schuß abgegeben worden.

**1000 Eisenbahnarbeiter finden Arbeit.** Wie die Reichsbahn-Direktion Kassel mitteilt, sind in dem Direktionsbezirk vom Montag ab etwa 1000 Arbeiter wieder eingestellt worden.

#### Mord an einem Richter

**Verzweiflungstat eines großen Landwirts.**  
**Lübben, 9. Oktober.**

Eine ihmene Bluffat ereignete sich in der Spreewaldstadt Lübben. In seinem Amtsjahr wurde dort der Amtsgerichtsrat Dr. Tiff von dem 17-jährigen Landwirt Wolke aus Treppenort erschossen. Der Tiffen hat Kommunistenpartei an und war längere Zeit in einer Anstalt zur Unterhübsung seines Gefesseltens interniert.

Wolke befand sich seit Jahren im Kampf um die Beschaffung seines Bestitums, konnte aber die Anhebung des Zwangsversteigerung nicht verhindern. Schon mehrere Male hatte er versucht, die Rückgängigmachung der Versteigerung zu erreichen. Bei einer neuen Verhandlung im Amtsgericht 909 er plötzlich einen Revolver und schoß dem Amtsgerichtsrat eine Kugel in den Kopf.

#### Arbeitsdienklager der Kirche

in der Provinz Sachsen.  
Die kirchlichen Verbände haben in der Provinz Sachsen in den letzten Wochen 25 Arbeitsdienklager eingerichtet, in denen rund 800 junge Leute im freiwilligen Arbeitsdienst untergebracht sind. Jedes weitere Lager wird in Vorbereitung. Das größte Lager ist das von Altensgrabow, das 100 Personen zählt.  
Auch für junge Mädchen besteht bereits eine Unterhübsung in Halberstadt, wo acht junge Mädchen mit Näharbeiten beschäftigt werden.

#### Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am 8. Oktober 1932.  
Amvielen sind 4 Magistratsmitglieder und 11 Stadtverordnete.

1. Verlesen und Genehmigung der letzten Niederschrift. Erfolgt ohne Einwendungen.

2. Wahl eines Magistratsmitgliedes. Stv.-Wort Ludley teilt mit, daß nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist, unterhrieben von 3 Stadtverordneten. In Vorklag wird gebracht Oberverurteiler a. D. Otto Schäfer. Stv. Rat stellt einen Protest gegen die Wahl in Aussicht, da nicht zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgefordert worden und somit den anderen Parteien keine Gelegenheit zur Einreichung ihrer Vorschläge gegeben sei. Stv. Richter

teilt mit, daß von der RPD. die Rechtsgültigkeit angezweifelt werde; denn nach Eröffnung der Vorschlagsliste bleibt das Amt unbesetzt. Stv. Vork. Ludvig legt eine Pause ein, damit Gelegenheit zur Abgabe von Vorschlägen vorhanden sei. Bürgermeister Gerber empfiehlt, mehr Unterschriften auf dem Vorschlag des Bürgerblocks vorzunehmen, da die vorgenommenen drei Unterschriften doch nur eine Minderheit darstellen. Hierauf unterstützen die Stv. Ludvig, Kubwig, Samann, Gärtner, Fiedler, Heiler und Schulze den Vorschlag. Nach Ablauf der festgelegten Frist stellt Stv. Vork. Ludvig fest, daß weitere Vorschläge nicht eingegangen sind. Gemäßt ist also ohne Wahlhandlung der Oberverwalter a. D. Otto Schäfer zum unbesetzten Magistratsmitglied.

3. Kenntnisnahmen: von einem Protest des Landwirts Edwin Hille wegen Nichterteilung des Zuschlags auf eine Parzelle, die dem bisherigen Pächter wieder zum Preise von 40 RM übertragen wurde, da er dieselbe schon gebüht hat und an der Verpachtung nicht teilnehmen konnte. Landwirt Hille erklärt sich bereit, in den Preis einzutreten und dem Vorbesitzer eine Entschädigung für die Dünung zu gewähren. Er fühlt sich nunmehr geschädigt, da er sonst eine andere Parzelle erstanden hätte. Stv. Jozef teilt hierzu mit, daß ihm Landwirt Hille gelagt hat, daß er dann auf die andere Parzelle verzichten würde. Die Stadtvorordneten bleiben auf ihren Beschluß bestehen, da die Verpachtung vorbehaltlich des Zuschlages erfolgt sei.

4. Ausbau von Niemis. An Hand einer Zeichnung des Kreisbauamts haben die Bauunternehmer Rosenanische eingereicht, die von 618 bis 658,75 RM betragen. Stv. Knaf hat sich mit dem Projekt eingehend beschäftigt und empfiehlt verschiedene Änderungen, für die er ebenfalls einen Kostenanschlag eingereicht hat. Der Magistrat empfiehlt die Vergebung der Arbeiten an die Firma Rudloff & Knaf. Hgm Gerber begründet den Vorschlag des Magistrats, der nicht den billigsten Anschlag annimmt, sondern den mittleren; außerdem seien die Stundenlöhne in diesem Anschlag auf 85 Pf. angegeben, wodurch die Beschäftigung von Gefellen möglich sei, bei den billigeren Anschlägen sei als Stundenlohn 55 Pf. berechnet, so daß bei diesen eine Beschäftigung von Lehrlingen in Frage kommen dürfte. Stv. Gärtner stellt auf dem Standpunkt, daß die Arbeit an den billigsten zu vergeben sei. Die Stv. Knaf und Samann erklären, daß nach der allgemeinen gebräuchlichen Verdingungsordnung eigentlich der Zuschlag immer dem mittellsten erteilt wird. Nach Verdingung der Aussprüche wird beschlossen, noch einmal Kostenanträge nach der abgeänderten Zeichnung einzufordern. Der Magistrat wird ermächtigt, zur Beschleunigung der Ausführung der Arbeiten den Zuschlag ohne nochmalige Vertragung der Stadtvorordneten an den Mindestfordernden zu erteilen. Die Öffnung der Angebote soll im Verein der inter-

essierten Unternehmer erfolgen.  
5. Stv. Fiedler regt an, den Leipziger Neumarkt, der Durchgangsstraße ist und einen harten Verkehr hat, ebenfalls mit einer Altpflasterung zu versehen. Die Ansetzung wird dem Magistrat als Material für die nächstjährige Stadterhaltung überwiehen, da für dieses Jahr keine weiteren Mittel bereitgestellt werden können.

### Ehrenamtliche Bürgermeister

Sollen die alten pensioniert und die neuen außerdem besetzt werden?

Die mit der Verordnung vom 1. September Geleß gewordene Reform in Preußen hat selbstverständlich nur die Rahmenbestimmungen grundsätzlicher Art festzulegen können. Das Verzeichnis im Einzelfall ist jetzt, wie üblich, durch besondere Durchführungsbestimmungen geregelt worden. Im Vordergrund des Interesses steht die Möglichkeit für die Städte unter 3000 Einwohnern, die besetzte Bürgermeisterstelle in eine unbesetzte umzuwandeln. Diese Möglichkeit, die Verwaltung der Kleinstädte zu vereinfachen, ist schon seit 100 Jahren durch den § 72 der geltenden Städteordnung gegeben, der bestimmt, daß in Städten bis zu 2500 Einwohnern auf Antrag der Gemeindevertretung die Zahl der Stadtvorordneten bis auf sechs vermindert und statt des Magistrats ein Bürgermeister bestimmt werden kann, welcher den Vorsitz in der Stadtvorordnetenversammlung mit Stimmrecht zu führen hat. Daneben können zwei oder drei Schöffen, welche den Bürgermeister unterstützen und in Verbindungsfällen zu vertreten haben, gewählt werden. Von diesem Recht ist bisher in Preußen kaum Gebrauch gemacht worden. Die neue Bestimmung ist mit gutem Grunde von der Freiwilligkeit der Abschaffung des besetzten Bürgermeisterpostens nicht abgegangen. Nach den Durchführungsbestimmungen haben die Regierungspräsidenten binnen Jahresfrist zu berichten, in welchem Umfange von der jetzt gegebenen Möglichkeit in ihrem Bezirk Gebrauch gemacht worden ist.

Man kann wohl schon heute sagen, daß ein starker Gebrauch eintreten wird. Dieser kann im günstigsten Falle nur sehr langsam im Laufe vieler Jahre eintreten, weil die Bestimmungen selbstverständlich nur für den Fall Geltung haben, daß eine besetzte Bürgermeisterstelle durch Ablauf der Wahlzeit oder sonstiges Auscheiden des jetzigen besetzten Stelleninhabers frei wird. Eine vorzeitige Pensionierung von Bürgermeistern zu dem Zweck, einen anderen ehrenamtlichen Bürgermeister zu bestellen, kann nicht erfolgen. Tatsächlich ist die Verwaltung einer Kleinstadt heute nicht wenig kompliziert. Es wird wenig ehrenamtlich tätige Bürger geben, die ihre volle Arbeitskraft nur für den Fall widmen können, und eine solche volle Arbeitskraft ist für die Leitung eines Gemeinwesens heute erforderlich, es sei denn, daß die Gemeinde sich entschließt, zur Unterstützung des ehrenamtlichen Bürgermeisters einen weiteren Beamten einzustellen, womit der Zweck der Lösung natürlich verfehlt wäre, und das Ergebnis dieses Systems nicht anderes wäre, als die teilweise Abschaffung des Berufsbeamteniums in den kleinen Gemeinden.

Gewiß mag es kleine Städte ohne besondere kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben geben, in denen ein ehrenamtlicher Bürgermeister die Verwaltung zu überheben vermag. Diese Fälle sind aber außerordentlich selten, da gerade auf kulturellen und wirtschaftlichen Gebiet die kleinen und mittleren Städte ganz besonders gelagert, ungenügende Aufgaben als zentrale Punkte des umgebenden platten Landes zu erfüllen haben. Aber auch den günstigsten Fall geht, daß ein ehrenamtlicher Bürgermeister in der Lage wäre, die Verwaltung selbständig ohne Unterstützung des Beamtenstabes zu führen, würde finanziell nicht viel gewonnen sein, denn die Durchführungsbestimmungen stellen ausdrücklich fest, daß die Gemeinde dem Bürgermeister den Erlaß seiner barren Auslagen und eine angemessene Entschädigung für seine amtliche Wühnverwaltung gewähren kann. Das im Einzelfall zusammenzulegen ist viel weniger sein wird als die in der Regel nach der Kategorie der mittleren Beamten bezahlten Bürgermeister der Städte bis zu 3000 Einwohnern jetzt erhalten. Diese dahingestellt. Ein Minus von einigen hundert Mark an Gehalt im Jahr würde aufgewogen durch die verstärkte Kontinuität der Verwaltung, da der ehrenamtliche Bürgermeister ja mit der Wahl der Gemeindevertretung jedesmal neugewählt werden müßte und nicht, wie bisher, unabhängig von Schwankungen der politischen Konjunktur seines Amtes waltend bliebe. Ueber die Wahlbarkeit findet sich nämlich in den Durchführungsbestimmungen nichts. Man muß also annehmen, daß hier analog die Regelung bei der Wahl der ehrenamtlichen Gemeindevorsteher Platz greift, denn es ist kaum anzunehmen, daß ein ehrenamtlicher Bürgermeister auf 12 Jahre gewählt werden soll. 5. F.

### Wirtschaftlicher Wochenbericht.

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtparisse zu Remberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 30. September 1932 hat sich in der Ultimowoch die gelante Kapitalanlage der Bank um 479,7 Mill. RM auf 3834,8 Mill. RM erhöht. Der Umlauf der Reichsbanknoten liegt bei 5484 Mill. RM auf 5871 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold und bedingungslosige Devisen betrug am Ultimo 24,7% gegen 26,5% in der Vormoche.

Die Maßnahmen zur Beförderung der allgemeinen Wirtschaftslage werden sich in manchen Industriezweigen allmählich auch durch eine amtlichen Mitteilung konnten in Durchführung der Wirtschaftsmo- verordnung bis Ende September rund 13000 Arbeitslose wieder eingestellt werden. Der langsam eintreffende Umtrieb kommt auch in der Gesamtumsatz der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Während die Zahl der Arbeitslosen von Mitte Juni bis Mitte September im vorigen Jahre noch um 368000 anstieg war, ist sie in der letzten Zeit des laufenden Jahres um rund 281000 gesunken. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen noch erheblich höher als im Vorjahre liegt und daß auch der Begriff der Arbeitslosigkeit neuerdings erweitert umgezogen ist.

Am 2. Oktober wurden im Monat September 1932 durch den Reichsbankgänger 480 neue Konten und 306 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben gegen 489 bzw. 886 im Vormonate. Die auf den Einlagen des 28. September bis 28. berechnete Großhandelsbankbesitzer des Statistischen Reichsamtes betrug 94,9 in der Vormoche. — Die Reichsbankbesitzer für die Lebenshaltungs- kosten belief sich für den Durchschnitt des Monats September auf 119,5 gegenüber 120,3 im Vormonate.

Millionen Hausfrauen kochen **MAGGI-Suppen** weil sie wissen, daß sie gut und billig sind

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine



### Zahlungsbefehlsformulare

hat wieder vorrätig. Richard Arnold, Buchhandlung.



Bund der Frontsoldaten

Sonnabend, den 15., und Sonntag, den 16. Oktober

### Gau-Wehrsport-Appell

des Stahlhelmgauers Bitterfeld-Wittenberg

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 1/9 Uhr im Hotel „Blauer Foch“

### Deutscher Abend

bestehend in

### Militär-Konzert

der Stahlhelmbundeskapelle Halle (25 Mann) unter persönlicher Leitung des ehem. kgl. bayr. Musikmeisters K. Seiler.

Fest-Vortrag des Gauführers Kamerad Donnevert, Kapitänleutnant a. D.

Anschließend

### grosser Manöverball

Deutsche Tänze Zwei Kapellen

Sonntag, den 16. Oktober, ab früh

### Wehrsportliche Betätigung

Wir laden alle Einwohner von Remberg und Umgegend auf das herzlichste ein.

Eintritt 75 Pfg.; Vorverkauf Hotel Blauer Foch, Hotel Palmboom und Buchhandlung Arnold, Markt und Leipziger Straße.

Die Gauleitung.

Die Ortsgruppenleitung.

Empfehle heute frisch eintreffend  
**ff. Vollfettbücklinge**  
ger. Schellfisch - Seelachs  
Lachsberinge - Bundaale  
Zum **Mittwoch**  
frischen Schellfisch  
Goldbarsch, Fischfilet  
Richard Tempelhof

### Futterfalk

(Zweigmarte)  
Ditesan-Lebertran  
Fischmehl - Leinmehl  
Mastator-Sühnerfütter  
Spratts Hundekuchen  
empfeht billig! Rudolf Huhn

### Unter-Wohnung!

4 Stuben, großer Keller, Lagersräume n. Lagerplatz zu vermieten. Auskunft: Remberg, Wittenberger Str. 49

Mehrere Fuhrer

### Dung

abzugeben Köpferstraße 16

### Vaterländ. Frauenverein

Am Mittwoch, den 12. Oktober, in der Hofenbläse **kostenlos**

### Eichtbilder-Vortrag

Wir laden unsere Mitglieder, sowie die Frauenvereine von Gadiß und Metz herzlichst ein

Der Vorstand

In der **Schule** soll **Mittwoch** nachmittags 3 Uhr **Schulkindern** ohne Vergütung ein Theater vor- geführt werden



Wie Pfeiler des Bauwerkes vom Architekten entworfen, rechnet, durchzieht und seines Neß von phosphorhaltigen Stoffen das menschliche Knochengerüst. Damit das wachsende Kind feste Knochen bekommt, braucht es Phosphor u. Vitamine. Die wohlschmeckende Scott's Emulsion fördert Wachstum u. Gesundheit.

Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien Originalflasche 1,75 Mk., Doppell. 3,00 Mk.

Löwen-Apotheke, Elbe.

### Kartoffelstoppel-Verpachtung

Dienstag, den 11. Oktober, 14 Uhr werden am Wege Mertwig-Neuro 60 Morgen **Kartoffelstoppeln** in Radeln gegen Barzahlung verpachtet

### Kostenanschlag-Formulare

empfeht ab Lager Rich. Arnold.

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst

Remberg, den 10. Oktober 1932

Detlef Sönnichsen und Frau Ilse geb. Elbe

### Danksagung.

Für die Beweise der Anteilnahme beim Heimgang unseres lieben Epischlafenen, für die vielen Kranzspenden und für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Lang-bein herzlichsten Dank. Dank auch dem Krieger- und Landwehr-Verein für das ehrenvolle Geleit

Bertha Koppisch und Kinder

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Musikalisches Unterhaltungsblatt“. — Zusagepreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Post ins Haus geschickt in Remberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 33 M. Die hiesige Besatz-Betriebsführung Streich usw. enthält jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Zusagepreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfa., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfa., Ausnahmestellen 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesichert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, auszüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 120

Dienstag, den 11. Oktober 1932

34. Jahrg.

## Kommunale Finanzprobleme

Die Wohlfahrtsverbände. — Kreditfragen.

Durch die Nichterfüllung der am 1. Oktober fällig gewordenen Schatzungsanforderungen der Städte Kün und Frankfurt in Höhe von 40 bzw. 30 Millionen Mark ist die finanzielle Lage der Gemeinden in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Handelt es sich hierbei auch zunächst um Fälle, die zum Teil in der besonderen Entwicklung der beiden Gemeinwesen in der Nachkriegszeit begründet liegen, so können sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß Schwierigkeiten offenbart werden, die allgemeinen Natur sind und deshalb auch von allgemeinen Gesichtspunkten aus beurteilt zu werden verdienen. Die Begleiterscheinungen der Krise und die Eigenart der Organisation der heutigen Finanzwirtschaft haben es mit sich gebracht, daß die Städte in jedem neuen Abschnitt der Wirtschaftsschrumpfung zusätzliche Opfer zu bringen gezwungen waren, die ihre finanzielle Leistungsfähigkeit in einem Ausmaß in Mitleidenschaft zogen, wie es auch bei vorsichtiger Einschätzung der Krisenauswirkungen kaum übersehen werden konnte. Bei der Unfähigkeit der Gemeinden, ihren finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, spricht heute in der Regel kein Sonderproblem mehr mit. Sie ist ein für alle Kommunen mehr oder weniger eigenständiger Zustand, der in ihren wachsenden Sozialleistungen weitgehend begründet liegt. Auch im Ausland treffen, um dies nebenbei zu bemerken, die Krisenwirkungen mehr und mehr jene Gebietsverhältnisse, die von der zentralen Finanzverwaltung zu weit entfernt sind, um im Wettlauf um die sinkenden Einnahmen Schritt zu halten, auf der anderen Seite aber wegen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur keine Minderheiten haben, den wachsenden sozialpolitischen Aufgaben auszuweichen. In Deutschland sind die Wohlfahrtsstellen, die auf den Gemeinden ruhen, dauernd gestiegen. So ist nach den letzten amtlichen Mitteilungen die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krankenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl aber von den Gemeinden und Gemeindeverbänden betreuten Arbeitslosen aber erneut gestiegen. Betrachtet man im 3. Viertel gegenüber dem entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres um nicht weniger als 101,2 Prozent höher. Die Gesamtzahl der Wohlfahrtsverbände erreicht heute rund 2,5 Millionen, eine Ziffer, die um etwa 20 Prozent über die von der Regierung als Jahresdurchschnitt geschätzte Zahl hinausgeht.

Aus Finanzkreisen wird dazu geschrieben:

Es ist möglich, die Frage aufzuwerfen, ob die häufige Erweiterung des wirtschaftlichen Aufgabenspektrums der Kommunen, die im übrigen bereits teilweise vor dem Krieg eingeleitet hatte, zweckdienlich war und was für eine allmähliche Rückbildung in dieser Richtung geherren könnte. Die notwendige Lösung dieser Probleme muß im allgemeinen einer ruhigeren Zeit, in der die Aussonderung von Substanzen möglich ist, vorbehalten bleiben. Soweit schon jetzt eine Vertiefung gegeben ist, müßte sie durchgeführt werden, wobei zunächst nur die public utilities in Frage kommen. Jedoch ist zu hoffen, daß das dauernde Wachstum dieser Aufgaben zwangsläufig zu einem Auseinanderklaffen zwischen dem steuerlichen Optimum und den laufenden Finanzanforderungen führte. Große Vermögensbestandteile sind fast überall vorhanden dagegen fehlen die liquiden Reserven und diese gilt es in erster Linie wieder aufzufüllen, um den kommunalen Kredit auf eine gesunde Ebene zu bringen. Es ist bedauerlich, daß die wirtschaftlichen Staatsaufgaben es den verantwortlichen Organen der Finanzverwaltung bis jetzt nicht gestattet, sich der Frage der Gemeindefinanzen so zu widmen, wie es schon im Sommer dieses Jahres wünschenswert gewesen wäre. So sehr der Standpunkt begrifflich ist, die Kommunen so lange wie möglich auf die Selbsthilfe zu verweisen, so wenig kann er den herrschenden Verhältnissen Rechnung tragen, in denen von Tag zu Tag die Gefahr größer wird, daß die völlige Verdrängung des kommunalen Kredits der dringend notwendigen Befriedigung des gesamten Kapitalmarktes hinderlich im Wege steht. Man braucht nicht an das Mittel einer unbegrenzten Staatssubvention an die Gemeinden zu denken, wenn eine Erleichterung der kommunalen Finanzen angestrebt wird, und es muß zugegeben werden, daß im Augenblick die Wünsche der Gemeinden auch keineswegs so weit zu gehen könnten.

Neben den unmittelbaren Aufgaben der kommunalen Entlastung, die deshalb vordringlich ist, weil sie sich ganz eng mit dem Zins- und Tilgungsdienst der Städte bezieht, treten allmählich auch die Grundzüge struktureller Erfordernisse hervor. Es ist darauf hingewiesen worden, daß mit der Verabschiedung des Entwurfs einer Rechnungsordnung für die deutschen Gemeinden der Schlüssel unter den administrativen Teil der Reformarbeit gesetzt worden ist. Hierbei sind die Ansichten über die Frage, ob die Gemeinden die Verwaltungserparnisse in personeller und sachlicher Hinsicht schon weit genug vorzuziehen haben, nicht ganz einheitlich. An vielen Stellen scheint eine Fortsetzung der Verwaltungsvereinfachung angebracht zu sein, und man muß wünschen, daß diese Aufgabe unter dem Druck der unmittelbaren Hilfsbedürftigkeit idemstens durchgeführt wird. Werden die Kostenüberlegungen, wie sie in der Privatwirtschaft doch auf zahlreichen Gebieten zu einer weitgehenden Annahme der Unterelemente an

die mengen- und wertmäßige Umschulung geführt haben, auch in der öffentlichen Verwaltung, denen bekanntlich die Erfahrungen eigener Produktionsbetriebe zur Verfügung stehen, eigenartig beherzt, so erheinen schnell und ins Gewicht fallende Einsparungen immer noch denkbar. Es muß zugegeben werden, daß von den vorhandenen Umständen einer zentralen Beratung und Prüfung in wachsender Maße Gebrauch gemacht wird. Darüber hinaus kann man sich den städtischen Forderungen durchaus anschließen, die auf eine baldige Anagnirnahme der Reform des Staats- und Verwaltungsaufbaus gerichtet sind. Die kommenden Monate werden vermuthlich Anregungen und Vorstöße in dieser Richtung in reichem Maße bringen, und es steht nur zu hoffen, daß der Geist, in dem sich die Verhandlungen vollziehen, dem Ernst des Problems Rechnung trägt. Die Wiederherstellung des kommunalen Kredits bildet den Eckstein bei der Neugestaltung des Kapitalmarktes. Die Herabsetzung von Sonderinteressen wäre nirgends weniger am Platze, als gerade auf diesem Gebiet.

## Preußens Klage

Heute Verfassungsprozess in Leipzig.

Leipzig, 10. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann heute vormittag ein Prozeß, der von eminenter staats- und verfassungsrechtlicher Bedeutung für das innenpolitische Leben im Reichsgebiet ist.

Es handelt sich um die Klage des Landes Preußen gegen das Reich wegen der Entziehung des Reichskommissars.

Den Verhandlungs vorsitz führt Reichspräsident Dr. Brüning. Hauptberichterstattung des Reichsgerichts ist der Reichsgerichtsrat Schmidt. Am übrigen besteht der Gerichtshof noch aus weiteren zwei Reichsgerichtsräten und aus je einem Oberlandesgerichtsrat aus Berlin, aus Dresden und aus München.

Die preußischen Staatsminister des Kabinetts Braun entsenden vier Vertreter, nämlich die Staatsratdirektoren Dr. Bredt und Dr. Badt sowie die Staatsratler Professor Anshütz-Hebelberg und Professor Giese-Franfurt a. M. Das Reich wird durch fünf Sachwalter vertreten sein, nämlich durch den Ministerialdirektor Goldheimer und den Ministerialrat Hugo vom Reichsinnenministerium sowie durch die Professoren C. Schmidt (Berliner Handelshochschule), Biffinger-Halle und Jafob-Leipzig.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, die sich der Klage gegen das Reich als Regierungspartei des Kabinetts Braun angeschlossen hat, läßt sich durch Professor Peters-Berlin, die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch Professor Heller-Frankfurt a. M. vertreten. Verbunden mit der Klage Preußens und der Parteien sind die Klagen von Sagan,

## Siedlung und Osthilfe

Rede des Reichsernährungsministers

Breslau, 8. Oktober.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun sprach auf dem Verbandstage der niederschlesischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Breslau über den gegenwärtigen Stand der Siedlung und ihre Aussichten und die Osthilfe. Der Minister zeigte an Hand geistlicher Betrachtungen, daß die unbedingte Voraussetzung für jede vernünftige Siedlung immer sei: die Rentabilität der Landwirtschaft. Der gäbe, an seiner Scholle hängende Bauer sei vor allem als Vollmer gegen den ökonomischen Verlust nicht zu erziehen. Die Reichsregierung sei sich dieser Verantwortung wohl bewußt und habe deshalb, wie bekannt, über die im Rahmen des Reichsstaats ausgeworfenen 50 Millionen RM hinaus weitere 50 Millionen für Siedlungszwecke bereitgestellt.

Der Minister stellte fest, daß das Siedlungsergebnis bis zum 30. September keinen Rückschritt sondern eine Beschleunigung der Siedlung gebracht habe.

Zurzeit würden die Vorbereitungen getroffen, die zur Siedlung geeigneten Güter aufzubehalten. Um wirklich lebensfähige und ertragsfähige Bauernstellen zu schaffen, sei auch eine besondere Förderung der Siedlungsberatung vorzugehen. In diesem Zusammenhang wies der Minister auch auf die außerordentliche Bedeutung der Siedlungsberatung und der planmäßigen Wirtschaftsberatung der Siedler hin. An Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgaben habe die Reichsregierung die Finanzierung der Reichsstelle für Siedlungsberatung entschlossen auf sich genommen, ferner die Mittel für eine Wirtschaftsberatung der Siedler in Preußen bereitgestellt und den Ausbau einer Wirtschaftsberatung in Westpreußen, Scherwin in Angriff genommen. Um die Minderheit der Siedlung ganz auszufüllen, sind, so fuhr der Minister fort, mit dem preussischen Domänenamt Verhandlungen eingeleitet über eine Vereinbarung, nach der der Domänenamt befähigte Domänen zur Siedlung hergibt. Im Zustande soll dafür der preussische Forstwirtschaft geeignete Waldflächen übernehmen von denjenigen Privatbesitzern, die im Entschuldigungsverfahren und Verkauf von Wald landeten werden können.

Der Reichsregierung liege nicht nur die Weiterführung des Siedlungswerkes am Herzen sondern auch die Sorge für die in der Vergangenheit seit der Inflation angelegten Siedler.

Die Reichsregierung habe deshalb in Aussicht genommen, die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten zwei Jahre von 3 auf 3,5 v. H. zu ermäßigen.

Die Entlohnung der Osthilfe hat, wie der Minister weiterhin ausführte, keinen allgemein betriebsbedingenden Verlauf genommen.

„Ich hoffe aber, daß es der Bank für Industriebankrottationen im Zusammenhang mit den Bankstellen gelingen wird, die Verfahren so stark zu beschleunigen, daß dadurch autoritäre Eingriffe der Reichsregierung überflüssig werden. Die Bedingungen mit den Führern der Industrie geben mir die sichere Hoffnung, daß dies gelingen wird.“

Schließlich führte der Minister aus:

„Ich habe von der finanziellen Osthilfe gesprochen, lassen Sie mich aus meinen persönlichen Erinnerungen der letzten Monate der wirklich großen Hilfe, die uns unsere Osten erhalten hat, der Schlacht von Sonnenberg, und lassen Sie aus des Mannes gedenken, der sie gestiftet hat, des Häftlings Helber, der in den Säufen der Zeit immer der gleiche blieb, der aus seinen Anschauungen ein sehr machte, der noch heute klar und unweiblich ein alter weiterführender Cotte sein Schiff durch die Klippen steuert. Für mich bleibt es eine unaussprechliche Erinnerung, wie Hindenburg mit innerer Anteilnahme sich alle Pläne zur Förderung der Landwirtschaft vortrug, wie sie genehmigt wurde und in seiner immer wieder aus neue gerichteten Klarheit eingehend befragt. Für uns Jüngere bleibt er in seiner Einfachheit und Schlichtheit, in dieser Abhebung alles niederen Scheins und der bedingungslosen Interordnung seiner Person unter das Wohl des Volkes der große Lehrer des Wortes: herrschen heißt dienen!“

## Inhalt der deutschen Note

Die Antwort soll nicht veröffentlicht werden.

Berlin, 10. Oktober

Der Wortlaut der deutschen Note, die dem englischen Gesandten übergeben worden ist, soll nicht veröffentlicht werden. Über den Inhalt wird folgendes mitgeteilt: „Die Note ist nur kurz.“

Die Reichsregierung bringt darin ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, mit den von der englischen Regierung eingeladenen Mitgliedern in einem offenen Meinungsanschluß über eine zweckmäßige und wirksame Lösung der Wohnungsfrage einzutreten, eine Haltung, wie sie ja schon aus dem früheren deutschen Memorandum zu ersehen ist.

Die Reichsregierung betrachtet als Ausgangspunkt solcher Verhandlungen die Schlussklärung der Lausanner



der preussischen Staatsregierung im Jahre 1932, die ganze Klage zurückzugeben könnte. In einem solchen Fall würde das Verfahren durch die Minister verfallend fortgesetzt werden.